Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Stadtrat führte seine 5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Montag, dem 22.12.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Puschkinstraße 3, Städtisches Kulturhaus, Saal 063, von 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Frau Dagmar Zoschke

Mitglied

Herr Detlef Pasbrig
Frau Christa Blath
Herr Mirko Claus
Herr Uwe Denkewitz
Frau Doreen Garbotz-Chiahi
Herr Klaus-Ari Gatter
Herr Dr. Dr. Egbert Gueinzius
Herr Dr. Joachim Gülland
Herr Gerhard Hamerla
Herr Günter Herder
Herr Dr. Siegfried Horn
Herr André Krillwitz
Herr Sandor Kulman
Herr Hans-Christian Quilitzsch
Herr Dr. Werner Rauball
Frau Gudrun Rauball
Herr Hendrik Rohde
Herr Daniel Roi
Herr Marko Roye
Herr Horst Rüger
Frau Martina Römer
Herr Armin Schenk
Herr Joachim Schunke
Herr Dr. Horst Sendner
Herr Enrico Stammer
Herr Günter Sturm
Herr Horst Tischer
Herr Peter Ziehm
Herr Lars-Jörn Zimmer
Herr Frank Zimmermann
Frau Petra Wust

Mitarbeiter der Verwaltung

Herr Peter Arning
Herr Joachim Teichmann
Frau Bernhild Neumann

FBL Bauwesen
GBL Haupt- und Sozialverwaltung
SBL Recht

Herr Dirk Weber

FBL Stadtentwicklung

abwesend:

Mitglied

Herr Jens Tetzlaff	entschuldigt
Herr Ingo Jung	
Herr Klaus-Dieter Kohlmann	
Herr Uwe Kröber	entschuldigt
Herr Hans-Jürgen Präbler	entschuldigt
Herr Dieter Riedel	entschuldigt
Frau Christel Vogel	
Herr René Vollmann	entschuldigt
Herr Dr. Holger Welsch	

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Montag, den 22.12.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Änderung des Flächennutzungsplans im Teilbereich "Ehemalige Kaserne" im OT Wolfen, hier: Aufstellungsbeschluss	Beschlussantrag 222-2014
5	Bebauungsplan Nr. 03-2014wo "Photovoltaik ehemalige Kaserne" im OT Wolfen, hier: Aufstellungsbeschluss	Beschlussantrag 223-2014
6	Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse	
7	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
8	Schließung des öffentlichen Teils	

II. Nicht öffentlicher Teil

9	Mitteilungen, Berichte, Anfragen	
10	Schließung des nicht öffentlichen Teils	

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschluss	
I. Öffentlicher Teil		
zu 1	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke, eröffnet die Stadtratssitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung fest und teilt mit, dass zu Beginn 28 Stadträte und die Oberbürgermeisterin anwesend sind. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.</p>	
zu 2	<p>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 29 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 3	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Herr Krause, Mitglied des Jugendbeirates, OT Wolfen, Am Markt 47, fragt die Oberbürgermeisterin und den Stadtrat, ob sie an der Existenz des Jugendbeirates überhaupt interessiert sind, da der Jugendbeirat dies nicht so empfindet.</p> <p>Die OB erklärt, dass sie die Aussage nicht verstehen kann, da der Jugendbeirat u.a. zur Stadtratssitzung und zum Ausschuss für BKJS Einladungen erhalten hat und u.a. die Geschäftsordnung gemeinsam mit dem Jugendbeirat erarbeitet wurde. Die Stadt legt großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen.</p> <p>Herr Krause fragt, weshalb in der letzten Stadtratssitzung, nachdem der Jugendbeirat den Saal verlassen hat, ein von der Fraktion AfD gestellter Antrag hinsichtlich des Jugendbeirates abgelehnt wurde.</p> <p>Die Stadtratsvorsitzende weist darauf hin, dass der Antrag nicht abgelehnt, sondern zurückgezogen wurde, weil ein anderer Antrag, der den Intensionen ebenso entspricht und rechtskonform ist, die Mehrheit des Stadtrates erhielt.</p>	
zu 4	<p>Änderung des Flächennutzungsplans im Teilbereich "Ehemalige Kaserne" im OT Wolfen, hier: Aufstellungsbeschluss</p> <p>Herr Dr. Rauball sieht hier die positiven Aspekte, hält aber das Vorhaben für keine angemessene Stadtentwicklung, da an die Friedhofsfläche zum einen der ChemiePark und zum anderen die Photovoltaik-Fläche angrenzt.</p> <p>Die OB hätte sich zwar eine anderweitige Nutzung ebenso vorstellen können, doch seit ca. 20 Jahren hat sich kein anderer Investor für dieses Areal gefunden.</p> <p>Stadtrat Krillwitz bemerkt, dass das derzeitige und geplante Wohngebiet an die Friedhofsfläche angrenzt und einen Puffer zur Photovoltaik-Anlage bildet. Auf die Frage von Herrn Zimmer weist Herr Arning darauf hin, dass die Wohnbebauung nicht Bestandteil des vorliegenden Beschlussantrages ist. Im Hinblick auf die Wohnbauflächenbilanz soll diese separat behandelt und die Photovoltaik-Anlage möglichst zügig realisiert werden.</p> <p>Stadtrat Herder meint, dass wieder versäumt wird, eine weitere Nord-Süd-Verbindung zwischen Reuden, Krondorfer-Gebiet und Thalheimer Straße für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu schaffen; die vorhandene Trassenführung sei eigentlich nicht mehr befahrbar. Man hätte im Rahmen der FNP-Änderung</p>	<p>Beschlussantrag 222-2014</p>

	<p>eine Querverbindung vorsehen sollen. Er fragt die OB, wie sie dazu stehe. Die OB bemerkt, dass die Problematik bereits des Öfteren diskutiert, jedoch abgelehnt wurde. Sie könne es sich aufgrund der prekären HH-Situation der Stadt derzeit auch nicht vorstellen, dass dort eine Trasse gebaut bzw. die vorhandene Trasse aktiviert wird.</p> <p>Stadtrat Schenk betont, dass es heute ausschließlich um die Änderung des FNP für die Photovoltaik-Fläche und die Aufstellung des B-Plans geht. Alles andere muss in einem separaten Verfahren behandelt werden. Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, ruft der Stadtratsvorsitzende zur Beschlussfassung auf. Der Stadtrat fasst nachfolgenden</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplans im Teilbereich „Ehemalige Kaserne“ im OT Wolfen gem. §§ 2 Abs. 1 i. V. m. 1 Abs. 8 BauGB für den in der Anlage dargestellten Bereich und 2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Nachbargemeinden, Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1, 2 Abs. 2 und 4 Abs. 1 BauGB. <p>Die Grünfläche mit der Zweckbestimmung nachwachsende Rohstoffe sowie ein Teil der Grünfläche mit der Zweckbestimmung Friedhof und ein Teil der Gemeinbedarfsfläche für soziale Zwecke sollen in ein Sondergebiet für Photovoltaik geändert werden.</p>	<p>Ja 25 Nein 3 Enthaltung 1</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>
<p>zu 5</p>	<p>Bebauungsplan Nr. 03-2014wo "Photovoltaik ehemalige Kaserne" im OT Wolfen, hier: Aufstellungsbeschluss</p> <p>Nachdem es keine Wortmeldungen gibt, lässt die Stadtratsvorsitzende über den Beschlussantrag abstimmen. Der Stadtrat fasst nachfolgenden</p> <p><i>Beschluss:</i> Der Stadtrat der Stadt Bitterfeld-Wolfen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 03-2014wo „Photovoltaik ehemalige Kaserne“ im OT Wolfen gem. § 2 Abs. 1 BauGB für den in der Anlage dargestellten Bereich und 2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Nachbargemeinden, Behörden und Träger öffentlicher Belange gem. §§ 3 Abs. 1, 2 Abs. 2 und 4 Abs. 1 BauGB. <p>Im Bebauungsplan wird ein Sondergebiet für Photovoltaik ausgewiesen.</p>	<p>Beschlussantrag 223-2014</p> <p>Ja 25 Nein 3 Enthaltung 1</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>
<p>zu 6</p>	<p>Bericht der Oberbürgermeisterin zur Ausführung gefasster Beschlüsse</p> <p>Der Bericht der OB wird als Anlage der Niederschrift beigefügt.</p>	
<p>zu 7</p>	<p>Mitteilungen, Berichte, Anfragen</p> <p>Auf die Frage der Stadtratsvorsitzenden, ob es Informationen aus den Zweckverbänden gibt, teilt Stadtrat Tischer mit, dass er zur nächsten Stadtratssitzung Bericht erstatten wird.</p> <p>Herr Herder spricht an, dass den Stadträten der Widerspruch der OB zum Beschluss 149-2014 – Zuständigkeitsordnung für die beratenden Ausschüsse</p>	

des Stadtrates der Stadt Bitterfeld-Wolfen zugesandt wurde. Ihm fehlt ein konkreter Hinweis darauf, was an der Zuständigkeitsordnung nicht zulässig sein soll. Für ihn stellt sich auch die Frage, weshalb die OB im Stadtrat keine Änderungsanträge zum BA 149-2014 zu den Dingen gestellt hat, die ihrer Meinung nach nicht zulässig sind. Des Weiteren vermisst er einen Widerspruch zur in der letzten Stadtratssitzung beschlossenen Satzung zum Eigenbetrieb „Stadthof“. Auf Antrag der Fraktion Pro Wolfen wurde beschlossen, dass die Personalhoheit dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes entzogen wird. In der Satzung sei allerdings nicht klar geregelt, welche Zuständigkeit der Betriebsausschuss des EB Stadthof und welche die OB und der Stadtrat haben. Für ihn ist fraglich, wem nunmehr die Personalhoheit obliegt, was nach seinem Dafürhalten in der Satzung festgeschrieben werden muss.

Die **OB** weist darauf hin, dass im Schreiben zum Widerspruch enthalten ist, dass die beratenden Ausschüsse nur Angelegenheiten vorberaten können, über die dem Stadtrat eine Entscheidungsbefugnis obliegt. Die Ausschüsse können sich zwar mit allen Themen beschäftigen; man könne allerdings nicht Dinge in der Zuständigkeitsordnung festschreiben, die von vornherein nicht in die Zuständigkeit der Stadt fallen.

Wenn es gewünscht wird, dass die Betriebssatzung des EB Stadthof geändert werden soll, dann muss man sich darüber verständigen.

(redakt. Anmerkung der Verwaltung:

Gemäß § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunalen Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt (Eigenbetriebengesetz - EigBG) entscheidet der Betriebsausschuss im Einvernehmen mit der Betriebsleitung über die Einstellung und Entlassung der beim Eigenbetrieb beschäftigten Angestellten und Lohnempfänger der Gemeinde, soweit durch die Betriebssatzung diese Entscheidung nicht der Betriebsleitung übertragen worden ist; dies gilt auch hinsichtlich der personalrechtlichen Befugnisse.)

Stadtrat Stammer nimmt gegen 17:30 Uhr an der Sitzung teil; somit sind 30 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Dr. Rauball verweist auf den Bericht der OB zur Ausführung der gefassten Beschlüsse. Seiner Meinung nach hätte zumindest erwähnt werden müssen, dass die OB gegen den Beschluss zur Zuständigkeitsordnung Widerspruch eingelegt hat. Er fragt, weshalb die OB nicht die notwendige Gelassenheit hat, dass sie das Einvernehmen zur Tagesordnung nicht erteilt, wenn ein Tagesordnungspunkt enthalten ist, der nach ihrer Auffassung nicht in einen beratenden Ausschuss gehört, worauf die **OB** nochmals ihre Aussage bekräftigt.

Herr Roi spricht die Problematik Tierheim an. Die OB bemerkt, dass darüber im n.ö. Teil informiert wird.

Bezüglich der Gremientermine, die Herr Jerofke zur Beratung der OB mit den Fraktionsvorsitzenden am 01.12.14 verteilt hatte, fragt er nach dem Stand. Man hatte sich in den Ausschüssen bereits positiv dazu geäußert. Termine, die vor ca. 4 Wochen im Internet veröffentlicht waren, stimmten nicht mit der verteilten Terminübersicht überein.

Die **OB** bemerkt, dass die von Herrn Jerofke ausgeteilte Übersicht ein Vorschlag ist, um die Termine prinzipiell zu straffen. Die im Internet veröffentlichten Termine sind z.T. die ursprünglich vorgesehenen. Wenn alle Fraktionen mit den neuen Terminvorschlägen einverstanden sind, wird man diese – auch für die kommenden Jahre – so festlegen und veröffentlichen. Sie wird sich darüber im Januar nochmals mit den Fraktions- und Ausschussvorsitzenden verständigen.

	<p><i>Stadtrat Quilitzsch nimmt gegen 17:32 Uhr an der Sitzung teil; somit sind 31 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.</i></p> <p>Stadtrat Dr. Rauball merkt an, dass im Oktober d.J. im Stadtrat über die Verteilung der restlichen Flutmittel und Spenden diskutiert und entschieden wurde. Zwischenzeitlich habe er von einem Betroffenen eine Mail erhalten, der sich darüber beklagt, dass er bis heute kein Geld erhalten habe. Wie ist hier der Stand?</p> <p>Die OB wird dies noch einmal prüfen und eine Antwort in der heutigen Niederschrift vermerken.</p> <p><i>(redakt. Anmerkung der Verwaltung: Die Bescheide entsprechend der Anlage zum Beschluss 073-2014 sind an alle Betroffenen verschickt worden. Bis zum Jahresende waren Mittelanforderungen der Begünstigten zu 60 % in der Verwaltung eingegangen. Vor dem Jahresabschluss und im Januar 2015 sind diese Mittelabforderungen per Auszahlung bearbeitet worden, auch der von Herrn Dr. Rauball angesprochene. Eine abschließende Darlegung könnte dann in einer der nächsten Stadtratssitzungen erfolgen.)</i></p> <p>Die Stadtratsvorsitzende informiert, dass die nächste Stadtratssitzung am 21.01.15 stattfindet; der letzte Tag der Einreichung ist gem. § 2 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung der 05.01.15. Handelt es sich um Beschlussanträge, die noch durch beschließende Ausschüsse vorzubereiten sind, ist die Einreichungsfrist der jeweiligen Ausschüsse maßgebend.</p>	
<p>zu 8</p>	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Die Vorsitzende des Stadtrates schließt um 18:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung; die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.</p>	

gez. Dagmar Zoschke
Vorsitzende des Stadtrates

gez. Ilona Bütow
Protokollantin

Anlage:
s. TOP 6